

**Auszug aus der Niederschrift
über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 09.05.2019**

Zu TOP : 9.15

**Lastenfahrräder für die Stralsunder Verwaltung und die städtischen Betriebe
Einreicherin. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0086/2019**

Frau Voß erläutert den Antrag umfassend.

Herr Meißner zweifelt an, dass ein Lastenfahrrad für Einsätze in der Verwaltung geeignet wäre.

Frau Voß berichtet, dass sie in vielen Gesprächen mit Gewerbetreibenden, welche ein Lastenfahrrad nutzen, die Idee für eine Nutzung in der Verwaltung entwickelte.

Herr Hofmann und Herr Philippen erklären, dass sie sich ebenfalls eine effiziente Nutzung solcher Räder in der Verwaltung kaum vorstellen können. Eine diesbezügliche Entscheidung sollte jedem Arbeitsgeber selbst überlassen werden.

Herr Suhr führt an, dass bereits in einigen Städten Lastenfahrräder zum Einsatz kommen. Es gibt damit sicher Erfahrungen, die für einen Einsatz in Stralsund ausgewertet werden könnten.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird damit beauftragt zu prüfen, für welche Arbeitsbereiche in der Verwaltung und in städtischen Betrieben der Einsatz von Lastenrädern geeignet ist, welche Kosten mit der Anschaffung von Lastenrädern verbunden sind, welche Einsparungen zu erzielen sind und wie sich der Einsatz auf die CO₂-Bilanz der Hansestadt Stralsund auswirken kann.

Die Ergebnisse der Prüfung sind den Fraktionen, den Einzelbürgerschaftsmitgliedern und den entsprechenden Fachausschüssen bis zum 30. Oktober 2019 zur Beratung vorzulegen.

Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Gremiendienst

Stralsund, 23.05.2019